



Stadt Leverkusen

Antrag Nr. 2021/1243

Der Oberbürgermeister

V01-011-20-06-he

Dezernat/Fachbereich/AZ

01.02.2022

Datum

Beratungsfolge	Datum	Zuständigkeit	Behandlung
Bezirksvertretung für den Stadtbezirk II	01.02.2022	Entscheidung	öffentlich

Betreff:

Zusätzliche Parkplätze am Bahnhofsquartier Opladen

- Antrag der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung II vom 11.12.2021
- Stellungnahme der Verwaltung vom 01.02.2022

nbso
Alfonso Lopez de Quintana
Tel.: 60 15

01.02.2022

01

- über Frau Beigeordnete Deppe gez. Deppe
- über Herrn Oberbürgermeister Richrath gez. Richrath

Zusätzliche Parkplätze am Bahnquartier Opladen
- Antrag der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung II vom 11.12.2021
- Antrag Nr. 2021/1243

Wie folgt nehmen wir zum oben beschriebenen Antrag Stellung:

Das von Januar bis Oktober 2018 durchgeführte dialogorientierte Investorenauswahlverfahren für das Bahnquartier sah in der Auslobung und den dort formulierten Bewertungskriterien nie öffentliche Parkplätze vor.

Die Anzahl der PKW-Stellplätze ergibt sich aus dem bauordnungsrechtlich für das Projekt Bahnquartier notwendigen PKW-Stellplatzbedarf.

Das Projekt Bahnquartier befindet sich in einem fortgeschrittenen Stadium. Die Abgabe der Unterlagen für den Offenlagebeschluss im Mai 2022 ist für Mitte Februar 2022 vorgesehen. Der Satzungsbeschluss ist für Oktober 2022 geplant.

Der Fachbereich Stadtplanung weist darauf hin, dass nicht explizit festgelegt wurde, bei einer baulichen Umnutzung möglicherweise entfallende Parkplätze auf dem Bunkerareal in gleicher Anzahl in der neuen Tiefgarage Bahnquartier unterzubringen. Die Argumentation, auch in der erwähnten z.d.A.: Rat-Mitteilung, bezog sich vielmehr darauf, dass nur und erst, wenn überhaupt neue Parkplätze in näherer Umgebung neu geschaffen werden, über eine Aufgabe der Parkplätze Bunker und somit über eine bauliche Nachnutzung nachgedacht werden kann. Dies entspricht in seiner Grundausrichtung auch der Zielsetzung, im Rahmen der Mobilitätswende und bei Umsetzung des Mobilitätskonzeptes den Anteil des motorisierten Individualverkehrs (MIV) zu reduzieren.

Sollten 50 öffentliche PKW-Stellplätze im Bahnhofquartier gefordert werden, ist damit zu rechnen, dass die Gutachten für Schall und Verkehr angepasst werden müssen. Der geplante Satzungsbeschluss für dieses Jahr wäre somit in Gefahr.

Des Weiteren würden 50 zusätzliche PKW-Stellplätze rund 35.000 € netto / Stellplatz kosten. Dies wäre eine Investition von rund 1.750.000 €. Wobei hier noch eine vergaberechtliche Prüfung durchgeführt werden müsste.

neue bahnstadt opladen in Verbindung mit Stadtplanung